

FRANKREICH

Die Betrachtung der Entwicklung der französischen Wirtschaft in den letzten Monaten (vgl. Abb. H/F/1—6) verdient aus einer Reihe von Gründen Beachtung. Zunächst handelt es sich um das führende Land der jetzt schon sehr zusammengeschmolzenen Gruppe der Goldblockländer, welche die großen Währungsentwertungen des Jahres 1931 bis heute nicht mitgemacht haben. Ferner herrschte in Frankreich vom 8. Juni 1935 bis zum 24. Jänner 1936 das Ministerium *Laval*, welches eine konsequente deflationistische Wirtschaftspolitik, insbesondere auf dem Gebiete der Finanzen, durchzuführen bestrebt war. Diese Regierung wurde nach Durchführung von Parlamentswahlen am 4. Juni 1936 durch ein Regime der *Front populaire* unter der Führung des Sozialisten *Léon Blum* ersetzt, welche bis heute am Ruder ist und dessen Wirtschaftspolitik in vieler Hinsicht derjenigen der früheren Regierung gerade entgegengesetzt ist. Freilich lassen sich die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik dieser beiden Regierungen nicht eindeutig erkennen. Denn außer den wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben auch die wichtigen weltpolitischen Ereignisse der Jahre 1935 und 1936 (Saarabstimmung, der abessinische Feldzug Italiens, Rheinlandbesetzung, in jüngster Zeit der Bürgerkrieg in Spanien und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Deutschland) wichtige Auswirkungen im französischen Wirtschaftsleben gehabt. Insbesondere die Entwicklung des Kapitalmarktes wurde durch die allgemeine politische Unsicherheit ungünstig beeinflusst. Diese Ereignisse und die allgemeine Schrumpfung des internationalen Handels und des für Frankreich besonders wichtigen Fremdenverkehrs sind zumindest teilweise Schuld daran, daß das Land dem bemerkenswerten Wirtschaftsaufstieg Englands, der Vereinigten Staaten von Amerika und der skandinavischen Länder nur sehr zögernd gefolgt ist.

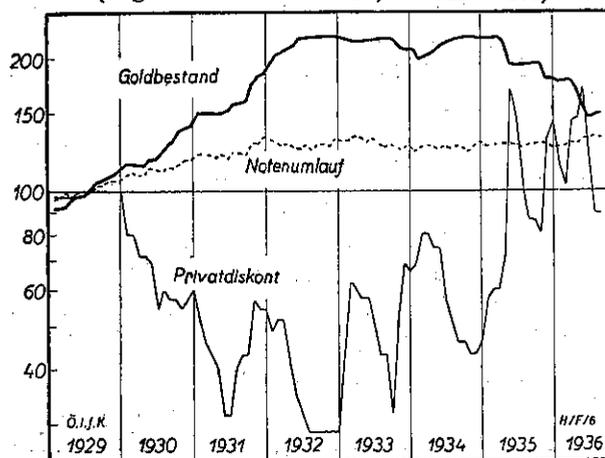
Die *Wirtschaftspolitik* der Regierung *Laval*, welche bis Anfang dieses Jahres in Frankreich eingeschlagen wurde, war ausgesprochen deflationistisch. Technisch wurde sie mittels der sogenannten *decrets lois*, Regierungsverordnungen mit Gesetzeskraft, durchgeführt, zu deren Erlassung das französische Parlament die Regierung ermächtigt hatte. Insgesamt wurden in der Periode vom 16. Juli bis 31. Oktober 1935 etwa 500 *decrets lois* erlassen. Die erste Gruppe dieser Verordnungen bestimmte eine Kürzung aller Staats-, Departements- und städtischen Ausgaben um 10%, ferner

eine ebensogroße Senkung der Wohnungsmieten, Senkungen des Brotpreises und anderer für die Lebenshaltung wichtiger Preise. Weitere Verordnungen ermäßigten die Pachtzinse, verschärfen die Kontrolle ausländischer Arbeiter in Frankreich, wandten sich gegen die Spekulation und suchten das Sparkapital zu schützen. Eine letzte Gruppe von *decrets lois* traf Anstalten zur Verteidigung des Franken. Im Gegensatz zu dieser deflationistischen Sparpolitik der Regierung *Laval* steht ihre Handels- und Preispolitik, welche vor allem auf den Schutz der agrarischen Erzeugnisse bedacht war und die Massen der städtischen Lohnempfänger dadurch sehr benachteiligte.

Von Juni 1935 bis Februar 1936, also während der Regierungszeit der Regierung *Laval*, stieg der Großhandelspreisindex um etwa ein Zehntel, der Weizenpreis und der Index der Agrarstoffpreise um ein Fünftel. Die Preise der Industriestoffe blieben nahezu unverändert, der Kleinhandelsindex stieg um 4%. In diesen Ziffern kommt die preissteigernde Wirkung der protektionistischen Maßnahmen der Regierung, die mit den anderen deflationistischen in Widerspruch standen, klar zum Ausdruck.

Die Regierung der *Volksfront*, welche seit Anfang Juni 1936 am Ruder ist, hat die deflationistische Sparpolitik ihrer Vorgängerin nicht fortgesetzt, wohl aber die preissteigernde Agrarpolitik der früheren Regierung. Nicht zuletzt infolge der großen Streikbewegung bei ihrem Amtsantritt wurde sehr bald eine Reihe von sozialpolitischen Gesetzen dem französischen Parlament vorgelegt und auch beschlossen, welche für Frankreich einschneidende Veränderungen bringen, im wesentlichen aber nicht sehr über das Maß des sozialpolitischen Fort-

Status der Notenbank und Privatkont in Frankreich

(Logarithmischer Maßstab; \emptyset 1929 = 100)

schritten hinausgehen, der schon seit langer Zeit in England, den skandinavischen Ländern und auch in Mitteleuropa erreicht ist. Es handelt sich dabei um die Einführung der 40-Stunden-Woche, eines bezahlten 14tägigen Urlaubes und der Kollektivverträge. Weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen in jüngerer Zeit betreffen ein großzügiges Programm öffentlicher Arbeiten, die Einführung eines Weizenmonopoles, die Nationalisierung der Rüstungsindustrie. Besonders einschneidend sind die Gesetze über das Statut der Bank von Frankreich, welche den Einfluß der Aktionäre dieses Institutes, der bisher maßgebend war, stark zurückdrängen und der Regierung den entscheidenden Einfluß geben. Allerdings wurden diese letzteren Gesetze nicht in der Form angenommen, in der sie die Regierung der Kammer vorlegte, sondern erst nach bedeutender Abschwächung durch den Senat. Die meisten und wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung Frankreichs liegen aber noch nicht weit genug zurück, als daß sie sich schon hätten voll auswirken können. Deshalb ist ihre Beurteilung außerordentlich schwierig.

Die *Währungslage* Frankreichs ist nicht besonders günstig, aber der französische Franken scheint nicht unmittelbar gefährdet zu sein (vgl. Abb. H/F/6). Der Goldbestand der Bank von Frankreich ist von 81 Milliarden Franken im Jahre 1933 bis auf ungefähr 55 Milliarden Franken gesunken, also um etwa ein Drittel. In diesen Goldverschiebungen drückt sich vor allem die Kapitalabwanderung aus, welche aber teilweise auch aus allgemeinen politischen Gründen erklärt werden muß und nicht nur eine Folge der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung ist. Seit Beginn des Jahres 1935 bis heute war schon dreimal eine starke Hinaufsetzung des Diskontsatzes auf 6% notwendig, um den Goldabfluß zu hemmen. Nachdem im Juni mit 54,0 Milliarden Franken ein Tiefpunkt erreicht war, ist der Goldbestand im Juli um 2% auf 54,9 Milliarden Franken und im August auf 55,0 Milliarden gestiegen. Er ist immerhin um etwa ein Drittel kleiner als im gleichen Monate des Vorjahres, aber der Goldabfluß scheint damit vorläufig zu einem gewissen Stillstand gekommen zu sein. Es besteht allerdings die große Gefahr, daß die politischen Ereignisse in Spanien und die wiederauflebende Streikbewegung neuerdings zu einem weiteren Kapitalabfluß führen. Außer einer Erklärungspflicht für die Besitzer ausländischer Wertpapiere hat die Regierung bisher noch keine Gegenmaßnahmen getroffen. Man befürchtet aber die Einführung einer Devisenbewirt-

schaffung, welche sich in anderen Ländern durchaus nicht bewährt hat. Einer solchen Maßnahme wäre eine Abwertung des Franken, welche freilich aus politischen Gründen schwer möglich ist, durchaus vorzuziehen. In der letzten Zeit mehren sich auch die Stimmen für die Abwertung, ja selbst der bekannte französische Nationalökonom Professor *Charles Rist*, früher ein überzeugter Deflationist, tritt für eine 25%ige Abwertung ein.

Der starken Verminderung der Goldbestände steht eine nicht sehr bedeutende Vermehrung des Notenumlaufes der Bank von Frankreich gegenüber. Der Notenumlauf betrug im Jahre 1933 durchschnittlich 83 Milliarden Franken und beträgt Ende August ungefähr 85 Milliarden Franken, ist also um etwa 2% gestiegen. Die Abnahme im August gegenüber dem Vormonat macht 1% aus. Bedenklicher ist das große Anschwellen des Wechselportefeuilles, in welchem viele Schatzwechsel der Regierung enthalten sind. Der Wechselbestand betrug im Jahre 1933 3 Milliarden Franken und beträgt Ende August 1936 etwa 12 Milliarden. Er zeigt im August gegenüber Juli 1936 einen Rückgang von fast 17%, ist jedoch fast doppelt so groß wie im gleichen Monat des Vorjahres.

Eine ungünstige Entwicklung zeigt der französische *Kapitalmarkt* (vgl. Abb. H/F/1). Der Index der Aktienkurse (Jahresdurchschnitt 1913 = 100), welcher im Jahre 1933 noch 232 betrug, ist im August 1936 auf 137 gefallen, also um mehr als 40%. Auch von Juni bis Juli 1936 zeigt sich ein Rückgang von 10%, welcher vor allem mit der Streikbewegung und der Kapitalabwanderung zusammenhängt. Von Juli bis August ist der Aktienindex allerdings fast unverändert geblieben und er steht um fast ein Viertel niedriger als im August 1935. Auch die Kurse festverzinslicher Werte zeigen eine rückgängige Entwicklung, wenn auch nicht im gleichen Maße. Ferner ist bemerkenswert, daß seit Herbst vorigen Jahres in fast allen Monaten, mit Ausnahme von Jänner und Februar, bedeutende Abhebungen von den Sparkassen stattfanden, welche allerdings in der letzten Zeit etwas nachgelassen haben. Auch die Kreditinstitute haben geringere Guthaben als in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Kapitalemissionen haben seit Februar 1936 nahezu vollständig aufgehört, eine gewisse Erholung ist erst in den allerletzten Monaten festzustellen. Aber die von der französischen Regierung aufgelegte Anleihe hat keinen großen Erfolg gehabt.

Das Gesamtbild, welches man vom französischen Geld- und Kapitalmarkt gewinnt, ist somit das

eines Landes, welches sehr stark unter Kapitalabwanderung leidet. Es scheint sich aber so zu verhalten, daß diese Bewegung zum Stillstand kommt und sogar einer Rückwanderung Platz macht, wenn eine auch nur geringfügige Besserung der Lage eintritt. Die Weiterentwicklung wird daher vor allem von den künftigen innen- und außenpolitischen Ereignissen abhängen. Von manchen Fachmännern wird ja auch die Frage aufgeworfen, ob die Kapitalabwanderung überhaupt die große Bedeutung hat, welche ihr scheinbar zukommt. Es handelt sich angeblich vor allem um Summen, welche früher gehört waren oder der reinen Spekulation dienten, so daß ihr zeitweiliger Verlust keine besonderen Folgen habe. Für diese Meinung spricht, daß sich wenigstens bisher keine besonderen üblen Folgen eingestellt haben und die bekannten Mittel der Notenbankpolitik zur Bekämpfung des Goldabflusses ausreichen. Zudem handelt es sich bei Frankreich um ein reiches Land mit so großen Reserven, daß es ohne besonderen Schaden derartige Erschütterungen wenigstens eine gewisse Zeit lang ertragen kann, welche die durch den verlorenen Krieg und die große Inflation geschwächten Wirtschaftssysteme mitteleuropäischer Staaten nicht so leicht aushielten.

Die *budgetäre* Lage Frankreichs ist wenigstens in den letzten Monaten nicht ungünstig, eine Tatsache, welche sicherlich auch konjunktursymptomatische Bedeutung hat. Die Staatseinnahmen waren im Juni und im Juli 1936 größer als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. In den ersten sieben Monaten waren die Staatseinnahmen um 136 Millionen Franken höher als in der gleichen Periode des Jahres 1935. Die Einnahmen aus indirekten Steuern waren im Juli um ein Drittel höher als im Juni und etwas höher als im Juli 1935. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer waren im Juli 1936 dreimal so hoch wie im Juni und um 13% höher als im Juli 1935.

Besonders erfreulich ist die günstigere Entwicklung der Einnahmen der Eisenbahnen, deren Defizit das Staatsbudget sehr belastet. Diese Einnahmen sind von Juni bis Juli um 13% gestiegen und sind im Juli höher als in der gleichen Zeitperiode des Vorjahres. Auch die Wagengestellung ist gegenüber dem Vorjahre gestiegen, aber von Juni bis Juli etwas zurückgegangen.

Allerdings steht den gebesserten Einnahmen des französischen Staates eine Reihe von neuen Ausgaben gegenüber. Die Aufhebung der *decrets lois* der Regierung *Laval*, welche Gehaltskürzungen

Wirtschaftszahlen Frankreichs

	Geld- und Kapitalmarkt					Preise und Lebenskosten					Produktion ³⁾				Arbeitsmarkt	
	Dollarkurs (1 Dollar in Fr. Frs.) ¹⁾	Privatdiskont ²⁾	Notenumlauf ²⁾	Goldbestand ²⁾	Aktienindex ²⁾	Großhandelspreisindex ²⁾	Heimische Waren ²⁾	Einfuhrwaren ²⁾	Landwirtschaftl. Erzeugnisse u. Lebensmittel ²⁾	Lebensmittelpreisekosten ²⁾	Gesamtdindex	Metallindustrie	Textilindustrie	Baugewerbe ⁴⁾	Anzahl der Beschäftigten ⁵⁾	Stellensuchende
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
1929	25.5	3.5	65.1	37.4	507	627	635	602	579	556	139	157	92	123	—	10
1930	25.5	2.3	72.9	46.3	437	554	591	458	526	581	140	157	85	137	100.0	13
1931	25.5	1.6	79.7	59.4	308	502	527	344	542	569	124	136	71	125	92.5	73
1932	25.5	1.3	82.3	79.9	245	427	468	298	482	526	96	96	60	100	80.9	307
1933	20.6	1.9	83.1	80.7	232	398	434	306	420	520	107	108	74	91	79.4	307
1934	15.2	2.1	81.3	79.1	194	376	407	294	393	516	99	99	63	82	76.9	373
1935	15.2	3.5	82.2	74.2	186	338	374	299	327	483	94	96	65	68	73.5	404
1935 I.	15.2	2.0	81.7	82.0	195	350	381	291	351	—	93	96	61	76	72.9	508
II.	15.2	2.1	81.9	82.0	187	342	383	287	339	494	93	96	62	76	72.2	543
III.	15.1	2.1	83.0	82.6	182	335	377	285	329	—	93	96	59	74	72.1	536
IV.	15.2	2.5	82.4	80.9	186	336	376	293	325	—	93	96	59	70	72.4	503
V.	15.2	5.0	82.8	71.8	205	340	377	310	324	490	92	95	63	65	72.4	472
VI.	15.1	5.0	82.1	71.0	192	330	366	303	307	—	93	95	64	64	73.6	444
VII.	15.1	3.5	81.1	71.3	181	322	353	302	292	—	93	95	67	65	75.0	418
VIII.	15.1	3.0	82.2	71.7	184	330	366	303	311	469	93	96	66	66	74.1	415
IX.	15.2	3.0	82.4	72.0	178	332	370	299	322	—	94	96	68	68	74.6	412
X.	15.2	2.8	83.3	72.0	180	342	374	305	331	—	95	96	70	66	74.6	416
XI.	15.2	4.6	82.4	66.2	179	348	377	309	338	478	95	96	70	66	74.3	445
XII.	15.2	5.0	81.2	66.3	180	354	387	303	350	—	96	96	71	66	73.8	471
1936 I.	15.1	4.0	81.5	65.2	195	359	396	306	364	—	97	97	71	68	72.6	512
II.	15.0	3.6	81.2	65.8	202	372	414	309	391	486	99	99	71	70	72.6	531
III.	15.1	5.0	83.2	65.6	196	376	417	310	396	—	101	100	70	71	72.5	518
IV.	15.2	5.1	82.6	61.9	193	371	413	305	385	—	102	101	68	71	72.9	494
V.	15.2	6.0	84.7	57.0	166	374	421	299	392	497	102	102	67	70	73.2	476
VI.	15.2	4.0	85.1	54.0	154	378	415	296	394	—	98	102	60	66	73.8	460
VII.	15.1	3.1	85.9	54.9	138	391	434	306	405	—	98	102	58	65	75.8	467
VIII.	15.2	3.1	84.9	55.0	137	401	443	308	419	—	98	102	58	65	75.0	464

Quelle: Bulletin de la Statistique générale de la France, Paris

¹⁾ Monatsdurchschnitt. — ²⁾ Monatsende. — ³⁾ Mengenindex. — ⁴⁾ Saisonbereinigt. — ⁵⁾ Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten; entsprechender Monat des Jahres 1930 = 100

der Beamten verfügt hatte, stellt eine gewisse Belastung dar. Dazu kommen noch die 20 Milliarden Franken, welche die Regierung Blum in den nächsten Jahren für große öffentliche Arbeiten aufzuwenden gedenkt. Diese Arbeiten sind freilich bisher noch nicht in Angriff genommen worden. Hierzu kommt die in jüngster Zeit beschlossene Erhöhung des Militärbudgets um 13 Milliarden Franken, welche auf drei Jahre verteilt werden sollen. Diese Geldsummen sind für die technische Vervollkommnung der französischen Armee bestimmt. Vier Milliarden sollen schon im Budgetjahr 1937 aufgewendet werden. Auch die Summen, welche die europäischen Verbündeten Frankreichs von diesem Staate zu ihrer eigenen Aufrüstung erhalten, belasten den französischen Staat. Insbesondere das erneuerte französisch-polnische Militärbündnis ist mit einer größeren Leistung Frankreichs verbunden.

Ein günstigeres Bild als der Geld- und Kapitalmarkt zeigt im allgemeinen in den letzten Monaten die Entwicklung der *Produktion* in Frankreich (vgl. Abb. H/F/5). Sie hat allerdings infolge der Streiks im Juni und Juli einen kleinen Rückschlag erlitten, der jedoch nicht allzu bedeutend ist. Auf dem Höhepunkt der Streikbewegung Anfang Juli waren 1200 Fabriken von 120.000 Streikenden besetzt, aber Ende Juli war diese Bewegung schon ziemlich abgeflaut. Die Eisenproduktion ging auch im Juni gegenüber Mai um 15%, die Stahlproduktion um 17% und die Kohlenförderung um 11% zurück. Im Juli stieg jedoch die Eisenerzeugung gegenüber Juni um 7%, die Stahlproduktion um 8% und die Kohlenförderung um 14%, so daß die durch den Streik verursachten Produktionsverluste schon zu einem Teil aufgeholt sind. Im Juli 1936 war die Eisenproduktion um 3% und die Kohlenförderung um 4% höher als im Juli 1935, während die Stahlerzeugung

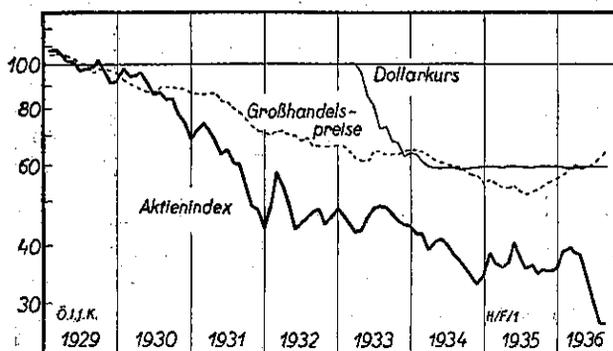
keine merkliche Veränderung aufwies. Alle drei haben schon fast den Stand der Produktion im Durchschnitte des Jahres 1933 erreicht. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß gerade in diesen Produktionszweigen der Einfluß der gesteigerten Rüstungsausgaben vielleicht wichtiger ist als die allgemeine Konjunkturlage.

Auch der Index der industriellen Produktion, welcher seinen Tiefpunkt in der ersten Hälfte 1935 erreicht hatte und der seither um fast 10% gestiegen ist, hat im Juni einen Rückgang um 4% aufzuweisen. Im Juli blieb der Index unverändert. Allerdings muß man auch hier hinzufügen, daß der Produktionsindex in diesen beiden Monaten um 5% höher steht als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1935. Von den einzelnen Produktionszweigen zeigt eigentlich nur die Textilindustrie im Juli 1936 gegenüber Juli 1935 einen Rückgang von 13%. Dagegen ist im gleichen Zeitraum die Produktion der Papierindustrie um 32%, die der Kautschukindustrie um 26%, und die der Lederindustrie um 18% gestiegen. Die Stromerzeugung zeigt allerdings im Juni 1936 einen Rückgang von 2% gegenüber Juni 1935.

Wenn also auch in Frankreich eine gewisse Besserung der Produktionsziffern gegenüber dem Vorjahre festzustellen ist, so ist dieser Anstieg, der übrigens in den allerletzten Monaten zum Stillstand gekommen ist, keineswegs allgemein. Besonders die Textilindustrie und das Baugewerbe haben sich noch kaum erholt und auch die Produktionssteigerungen in anderen Industriezweigen sind noch nicht mit dem großen Aufschwung zu vergleichen, welchen die industrielle Produktion in Ländern wie England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Schweden genommen hat. Zudem läßt eine Reihe von Momenten befürchten, daß auch dieser bescheidene Aufschwung der Produktion in Zukunft nicht fortgesetzt werden kann. Hier ist zunächst der ständige Exportrückgang zu erwähnen, dessen Hauptursache der hohe Frankenkurs ist. Dann müssen auch die Lohnsteigerungen und die sozialpolitischen Gesetze vom Juni über kurz oder lang zu einer Kostensteigerung führen, welche von den französischen Gewerkschaften selbst nicht geringer als mit 35% veranschlagt worden ist. Diese Kostensteigerung wirkt sich vor allem in den in Frankreich noch sehr häufigen kleinen, kapitalarmen und arbeitsintensiven Betrieben aus, deren Schwierigkeiten die Regierung ja auch eingesehen hat. Aber die zum Schutze der kleinen Betriebe getroffenen Maßnahmen, welche insbesondere in der Beschaffung von Krediten für sie bestehen, werden auf die

Dollarkurs, Aktien- und Großhandelspreisindex in Frankreich

(Logarithmischer Maßstab; \emptyset 1929 = 100)



Dauer kaum ausreichen. Daher ist zu erwarten, daß die Kostensteigerung zu einer Zurückdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe führt und innerhalb aller Betriebe einen gewissen Anreiz zu Rationalisierungsmaßnahmen bildet, welche sich auf den Beschäftigungsstand zunächst ungünstig auswirken müssen. Ferner wird die Steigerung der Kosten auch die Schwierigkeiten der französischen Exportindustrie vermehren.

Die Anzahl der *Beschäftigten* ist seit dem Jahre 1934 ungefähr gleichgeblieben (vgl. Abb. H/F/4). Auch in den letzten Monaten wies sie keine besondere Veränderung auf. Von Juni bis Juli 1936 stieg sie um 3% und sank von Juli bis August um 1%. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Beschäftigten fast unverändert, sie ist nur um 1% höher als im August 1935. Dies steht sehr stark im Widerspruch zu der Entwicklung der Produktion. Der Produktionsindex war im Mai um 11%, im Juni und Juli um 5% höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Eine ähnliche Entwicklung konnte man auch zeitweilig in Österreich beobachten. Man kann dies vielleicht damit erklären, daß wichtige und insbesondere sehr arbeitsintensive Produktionszweige wie die Bau-, Metall- und Textilindustrie noch sehr darniederliegen und auch in den anderen Industriezweigen, welche eine erfreulichere Entwicklung zeigen, die Produktionssteigerung sich in erster Linie wohl in einer besseren Ausnutzung der schon beschäftigten Arbeitskräfte und nicht in einer Neueinstellung von Arbeitern geäußert hat.

Auch die *Arbeitslosigkeit* hat sich in den letzten Monaten nicht sehr günstig entwickelt. Die Anzahl der Arbeitslosen ist zwar von Juli bis August um 2% zurückgegangen, sie war aber im Juni um 4%, im Juli um 10% und im August um 9% höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit zeigt also im Vergleich zu 1935 eine merkbliche Steigerung. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Repatriierung der ausländischen Arbeiter jetzt so gut wie vollendet und von dieser Seite keine wesentliche Erleichterung

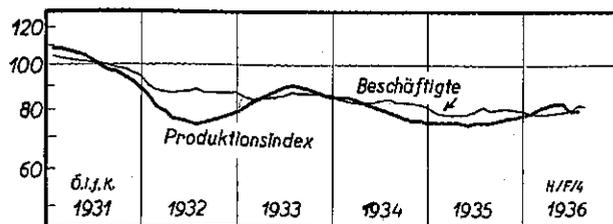
mehr zu erwarten ist. Die Zahl der Stellungsuchenden ist zwar von Juli bis August um 1% zurückgegangen, ist aber im Juli und August um 12% höher als in den beiden Monaten des Vorjahres. Aus den obenerwähnten Gründen kann man, wenigstens für die unmittelbare Zukunft, keine wesentliche Besserung der Verhältnisse auf dem französischen Arbeitsmarkt erwarten.

Es ist besonders interessant, die *Preisentwicklungen* in Frankreich zu verfolgen, da man hier deutlich die Auswirkungen eines extremen Agrarprotektionismus studieren kann. Der Großhandelspreisindex, welcher seit Anfang 1929 eigentlich ständig gesunken ist, steigt seit Mitte 1935. Er steht im August 1936 etwa um ein Viertel höher als im Tiefpunkt. Dabei sind es vor allem die Preise französischer Güter im Gegensatz zu den Preisen der Importgüter, welche diese Steigerung mitmachen (vgl. Abb. H/F/3). Der Großhandelspreisindex ist im August gegenüber Juli um weitere 3% gestiegen. In beiden Monaten aber stand er um 21% höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Der Index der französischen Warenpreise weist ebenfalls im August gegenüber Juli eine geringfügige Steigerung von 2% auf. Er stand aber im Juli 1936 um 23% höher als im Juli 1935 und im August 1936 um 21% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Index der importierten Güter stieg von Juli bis August um 1%, stand aber im Juli 1936 nur um 1%, im August nur um 2% höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Es sind auch vor allem die Preise der Agrarstoffe und insbesondere der Lebensmittel, welche an dieser Aufwärtsbewegung teilnehmen (vgl. Abb. H/F/2). Der ungewogene Index der Agrarstoffpreise ist von Juni bis Juli um 6%, von Juli bis August um 2% gestiegen. Er stand aber im Juli 1936 um nicht weniger als 32%, im August um 27% höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Noch deutlicher sieht man diese Tendenz in der Entwicklung des Weizenpreises, welcher für die Lebenshaltung des französischen

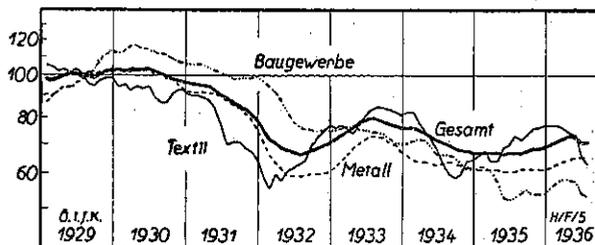
Beschäftigung und Produktion in Frankreich

(Logarithmischer Maßstab; Ø 1931 = 100)



Industrielle Produktion Frankreichs

(Logarithmischer Maßstab; Ø 1929 = 100)



Volkes besonders wichtig ist, da das Brot das Hauptnahrungsmittel bildet. Hier haben sich die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierungen *Laval* und *Blum* besonders stark ausgewirkt. Von Mai bis Juni 1936 stieg der Weizenpreis um 5%, von Juni bis Juli um 17% und von Juli bis August um 28%. Es ist anzunehmen, daß auch das neugeschaffene Weizenmonopol die Politik dieser Preissteigerungen aufrecht erhalten wird. Der Weizenpreis war aber schon im Mai 1936 um 12% höher als im gleichen Monat des Vorjahres, im Juni 1936 um 23%, im Juli um 65% und im August um 76% höher als in der entsprechenden Zeitperiode des Jahres 1935. Innerhalb eines Monats hat sich auch der Brotpreis um ein Drittel erhöht. Die Preise der Industriestoffe dagegen standen, gemessen an ihrem Index, im Juli nur um 4% und im August nur um 5% höher als in den betreffenden Monaten des Jahres 1935.

Die großen Preissteigerungen bei den Agrarprodukten wirken sich vor allem in den Detailpreisen aus. Der Index der Kleinhandelspreise für Paris ist vom Juli bis August um 4% gestiegen. Er stand im Juni um 5%, im Juli um 7% und im August schon um 14% höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Dabei haben sich die großen Preissteigerungen der allerjüngsten Zeit und die Kostensteigerungen infolge der Lohnerhöhungen natürlich noch kaum auswirken können. Der Lebenskostenindex liegt leider erst für Mai vor. Er ist gegenüber dem Februar um 2% gestiegen und steht nur um 1% über dem Wert von Mai 1935. Es ist allerdings zu bedenken, daß die großen Preissteigerungen erst seither eingesetzt haben und in dieser Ziffer daher noch gar nicht zum Ausdruck kommen.

Diese so verschiedenartige Entwicklung der einzelnen Teile des französischen Preissystems, der Agrar- und Industriestoffe auf der einen und der einheimischen Güter und importierten Waren auf der anderen Seite, ist ein starkes Argument für die Deflationisten, welche mittels ihrer Politik eine

gleichmäßigere Entwicklung herbeiführen wollen. Aus politischen Gründen ist jedenfalls nicht damit zu rechnen, daß der Agrarprotektionismus einer anderen Wirtschaftspolitik Platz macht. Auf die Dauer muß er aber die Lebenshaltung der Arbeiter in den Städten unerträglich belasten und zu Lohnerhöhungen Anlaß geben. Die Streiks und die soziale Unruhe, welche man in Frankreich in den letzten Wochen wieder bemerken konnte, sind, abgesehen von rein politischen Gründen, vor allem auf diese Ursache zurückzuführen.

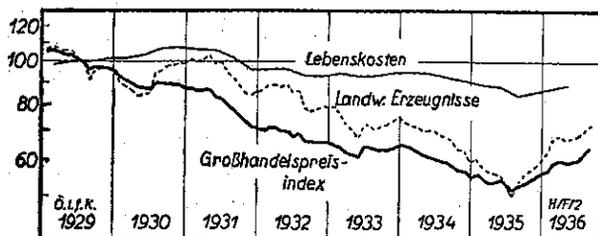
Der französische *Außenhandel* hat sich in den letzten Monaten nicht sehr günstig entwickelt. Der Import zeigt eher eine steigende Tendenz, aber die Ausfuhr ging ständig zurück, was vor allem auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß Frankreich noch nicht abgewertet hat und daher vielfach auf den internationalen Märkten gegenüber den Abwertungsändern benachteiligt ist.

Die Einfuhr ist von Juni bis Juli wertmäßig um 1% gestiegen, nachdem sie schon seit Anfang dieses Jahres eine steigende Tendenz gezeigt hatte. Sie war im Juni 1936 um 9%, im Juli um 7% höher als in der entsprechenden Zeitperiode des Vorjahres. Die Importsteigerung geht vor allem auf die vermehrte Einfuhr von Rohmaterialien zurück, welche von Juni bis Juli um 3% gestiegen ist und im Juni 1936 um 11, im Juli um 8% höher war als in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Diese vermehrte Rohstoffeinfuhr ist insofern begrüßenswert, als sie sicher zum Teil auf den gesteigerten Rohstoffbedarf der Industrie zurückgeht, welche ja eine Produktionssteigerung aufweist. Aber es besteht auch die Vermutung, daß große Mengen von Rohstoffen aus Furcht vor der Frankenentwertung oder der Einführung einer Devisenkontrolle nach Frankreich importiert und dort gehamstert werden. Die Einfuhr an Fertigwaren ist um 4% kleiner als im Juli 1935, die Einfuhr von Nahrungsmitteln aber um 14% höher.

Seit Ende des Jahres 1928 sinkt der französische Export ständig, sowohl wert- als auch mengenmäßig. Der Gesamtwert der Ausfuhr ist auch in

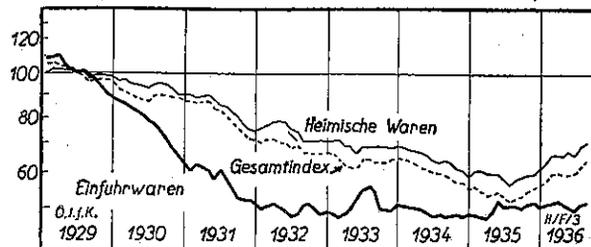
Lebenskosten und Großhandelspreise Frankreichs

(Logarithmischer Maßstab; \emptyset 1929 = 100)



Großhandelspreisindizes Frankreichs

(Logarithmischer Maßstab; \emptyset 1929 = 100)



den letzten Monaten zurückgegangen, und zwar von Mai bis Juni und von Juni bis Juli um je 3%. Er war im Mai um 11, im Juni um 9 und im Juli um 5% niedriger als die ohnehin schon sehr niedrigen Ziffern des Jahres 1935. Der Export von Nahrungsmitteln ist von Juni bis Juli um 2% gefallen und steht um 4% unter dem von Juli 1935. Dagegen stieg die Ausfuhr von Rohmaterialien von Juni bis Juli um 11%. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß die infolge der Streiks im Juni entstandenen Verluste im Juli teilweise wieder hereingebracht wurden. Die Fertigwarenausfuhr ist von Juni bis Juli 9% gesunken und erreicht damit für dieses Jahr einen neuen Tiefpunkt. Immerhin ist die Fertigwarenausfuhr Frankreichs im Juli 1936 doch um 5% höher als im Vorjahre. Da aber die Entwicklung in den vorhergehenden Monaten schlechter war als im Jahre 1935 und sich die Kostenerhöhungen infolge der Lohnerhöhungen insbesondere in der Produktion von Fertigwaren auswirken dürften, kann man für die nähere Zukunft, unter den derzeitigen Voraussetzungen, keine günstige Entwicklung der französischen Ausfuhr voraussagen.

Zusammenfassend kann die gegenwärtige Lage der französischen Wirtschaft vielleicht folgendermaßen charakterisiert werden: Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo die Krise bereits einem richtigen Aufschwung Platz gemacht hat, gibt es in Frankreich zwar gewisse Anzeichen des Konjunkturaufstieges, sie sind aber nicht einheitlich und

viele deutet darauf hin, daß die Krise noch nicht endgültig überwunden ist. An günstigen Symptomen wären zu erwähnen: eine gewisse Besserung der Staatseinnahmen und der Einnahmen der Eisenbahnen, ferner eine Produktionssteigerung, welche freilich infolge der Streiks im Juni und Juli einen kleinen Rückschlag erlitten hat. Viele wichtige Produktionszweige haben daran noch gar nicht teilgenommen.

Diesen günstigen Momenten steht eine Reihe von ungünstigen gegenüber: die großen Goldverluste der Bank von Frankreich, welche auf eine bedeutende Kapitalabwanderung hinweisen; auch der Kapitalmarkt hat sich ungünstig entwickelt, was in der Senkung der Aktienkurse zum Ausdruck kommt. Die Lage des Arbeitsmarktes ist trotz der nahezu abgeschlossenen Repatriierung der ausländischen Arbeiter schlechter als im Jahre 1935, die Anzahl der Beschäftigten hat nicht in gleichem Maße zugenommen wie die Produktionsziffern. Schließlich weist das Preisgefüge eine sehr uneinheitliche Entwicklung der heimischen und der eingeführten Güter, bzw. der Agrarpreise und der Preise der Industriestoffe auf. Die Steigerung der Lebenskosten hat die bedeutenden Lohnsteigerungen vielleicht bereits kompensiert und, im Verein mit politischen Ursachen, zu einem neuen Aufleben der Streikbewegung und der sozialen Unruhe geführt. Auch die Entwicklung des Außenhandels ist unbefriedigend, da zwar der Import zunimmt, aber die Ausfuhr ständig zurückgeht.

WÄHREND DES DRUCKES EINGELANGT:

DIE WIRTSCHAFTSLAGE GROSS-BRITANNIENS

*mitgeteilt vom London and Cambridge Economic Service
London, 21. September 1936.*

Die letzten Produktionsziffern und Beschäftigungszahlen weisen nahezu ohne Ausnahme darauf hin, daß der jüngste Aufschwung im Wirtschaftsleben voll und ganz aufrechterhalten worden ist. Manche Industriegebiete in Süd- und Mittelengland scheinen sich sogar dem Zustand der vollen, normalen Beschäftigung zu nähern, daher kann in Zukunft ein bedeutender Rückgang der Arbeitslosigkeit nur von Nord- oder Westengland seinen Ausgang nehmen. Dort spiegelt der hohe Prozentsatz der Arbeitslosigkeit die Depression in den Industriegebieten wider, welche vor allem für den Export arbeiten. Die Einfuhr hielt sich in der Höhe, welche

sie schon vorher erreicht hatte, während die Ausfuhr relativ gesunken ist und die Steigerung vom Juli nicht aufrechterhalten konnte. Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß der Wirtschaftsaufschwung in England in der Hauptsache durch innere Kräfte hervorgerufen worden ist. Der Aufschwung des Wirtschaftslebens zeigt sich auch in den Aktienkursen, welche so hoch gestiegen sind, daß dadurch schon eine bedeutende zukünftige Steigerung der Profite vorweggenommen wurde. Die Steigerung der Obligationenkurse wurde ohne Zweifel durch die neue Kreditexpansion infolge der großen Goldkäufe der Bank von England erleichtert. Der Index der Großhandelspreise steigt stark an, hauptsächlich infolge der Steigerung der Getreidepreise wegen der Mißernten in Nordamerika.